

Wahlprüfstein der Studentenwerke

Themenblock: STUDIENFINANZIERUNG

1. Welche Bedeutung hat das Thema BAföG für Ihre Partei?
2. Wie können Sie und die Hessische Landesregierung im Bund dazu beitragen, dass das BAföG seiner Aufgabe wieder gerecht werden kann?

Ziel der Freien Demokraten ist, dass jeder junge Mensch, der studieren will und dazu fachlich in der Lage ist, auch studieren kann. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Studierende eine ausreichende finanzielle Unterstützung für die Kosten der Lebenshaltung erhalten und Hochschulen über eine angemessene soziale Infrastruktur verfügen. Daher sind wir der Überzeugung, dass das bisherige BAföG-System der Finanzierung grundlegend reformiert werden muss. In Zukunft soll allen Studierenden ein elternunabhängiger Zuschuss in Höhe von 500 Euro gewährt werden. Zugleich sollen die Studierenden die Möglichkeit bekommen, ein zinsgünstiges und zinsstabiles Studiendarlehen in Höhe von bis zu 500 Euro monatlich aufzunehmen. Bei der Rückzahlung ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der oder des Einzelnen zu berücksichtigen.

Aber dieses Thema steht unserer Auffassung nach auch in direktem Zusammenhang mit den prinzipiellen Fragen der Hochschulfinanzierung. Wir Freie Demokraten streben deshalb eine grundsätzliche Veränderung des Finanzierungssystems an, um die finanziellen Rahmenbedingungen der Hochschulen zu verbessern. Es ist unser Anliegen, dass die Hochschulfinanzierung zwischen Land und Bund neu geregelt wird, denn der Staat muss für jeden Studierenden, der sich für ein Studium in zertifizierter Qualität entscheidet, konsequent und trägerunabhängig die Kosten nach dem Modell „Geld folgt Student“ (GefoS) an die entsprechende Bildungseinrichtung zahlen. Dabei hängt die Höhe des Semesterbetrags vom jeweiligen Fach ab (Clusterpreis) und wird deutschlandweit einheitlich festgesetzt. Wenn sich ein Studierender für eine private Hochschule entscheidet, hat diese denselben Anspruch wie eine Hochschule in staatlicher Trägerschaft, den Clusterpreis zu erhalten.

Themenblock: STUDISCHES WOHNEN

1. Wie beabsichtigt Ihre Partei dafür zu sorgen, dass in den hessischen Hochschulstädten wieder mehr günstiger Wohnraum zu finden ist?

Günstiger kann Wohnraum nur werden, wenn mehr Wohnraum zur Verfügung steht. Viele Vorschläge anderer Parteien richten sich nur darauf, wie man den Mangel besser verwalten kann. Wir wollen den Mangel beseitigen. Nur wenn sich die Lage am Wohnungsmarkt insgesamt entspannt, können auch Studenten von günstigeren Wohnungen profitieren. Dazu bedarf es eines Straußes von Maßnahmen, um Investitionen anzureizen. Weniger Bürokratie, zum Beispiel durch die Abschaffung der Mietpreislöscher, die nicht funktioniert und stattdessen Investitionen verhindert. Niedrigere Baukosten, die Förderung von Eigentum zum Beispiel durch einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie, damit auch im Umland Wohnraum entsteht und so der Druck von den Ballungsräumen genommen wird.

2. Wie wird Ihre Partei studentischen Wohnraum fördern, damit mindestens jeder 10. Studierende einen Platz zu günstigen Mieten in einem öffentlich geförderten Wohnheim erhält?

Wir wollen auch weiterhin Belegungsrechte für Sozialwohnungen im Bestand erwerben und die Programme zum Bau von Studentenwohnungen verstärkt fortsetzen. Dabei soll auch auf serielles und damit kostengünstiges Bauen gesetzt werden. Das von Ihnen geforderte 10 %-Ziel werden wir prüfen.

3. Werden Sie den Studentenwerken die nötigen Baukostenzuschüsse, öffentliche Grundstücke und Sanierungsmittel verlässlich zur Verfügung stellen, so dass Studierende bezahlbar und hochschulnah wohnen können?

Wir Freie Demokraten werden verlässlich mit den Studentenwerken zusammen arbeiten und maßgeschneiderte Lösungen für die individuellen Probleme vor Ort finden. Seien es Bebauungen am Campus direkt oder im Umfeld. Hier gilt es, den Einzelfall im Auge zu behalten und für jede Universität oder Hochschule entsprechende Lösungen zu finden.

Themenblock: HOCHSCHULGASTRONOMIE

1. Was wird eine Landesregierung unter Beteiligung Ihrer Partei konkret tun, damit Mensen und Cafeterien ihren gesetzlichen Versorgungsauftrag besser erfüllen können?
2. Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass eine ausreichende Finanzausstattung der Studentenwerke sowohl für Bau- und Sanierungsmaßnahmen als auch für bedarfsgerechte Angebote und Öffnungszeiten zur Verfügung steht?

Themenblock: BERATUNGSLEISTUNGEN

1. Wird eine Regierung unter Ihrer Partei diese Beratungsangebote verlässlich und nachhaltig finanzieren?
2. Wird Ihre Partei die Zuschüsse deutlich erhöhen, um die Beratungsleistungen der Studentenwerke künftig mindestens zur Hälfte öffentlich finanzieren zu können?

Die Themenblöcke HOCHSCHULGASTRONOMIE und BERATUNGSLEISTUNGEN werden zusammenhängend beantwortet:

Wir Freie Demokraten unterstützen die Studentenwerke in dieser notwendigen Arbeit und sehen die Notwendigkeit, grundsätzlich die Finanzierung zu überprüfen und ggf. zu verändern, um sicherzustellen, dass auch zukünftig die Aufgaben auch in den betreffenden Bereichen erfüllt werden können. Jedoch sehen wir die Notwendigkeit, diese Fragen detailliert mit den Studentenwerken zu erörtern und nehmen daher Abstand von pauschalen Zusagen, die sich als nicht realistisch erweisen könnten.

Themenblock: STUDIUM MIT KIND ODER PFLEGEBEDÜRFTIGEN ANGEHÖRIGEN

1. Welche Bedeutung misst Ihre Partei der Vereinbarkeit von Studium und Kindererziehung bei?

2. Wie wird eine Landesregierung unter Beteiligung Ihrer Partei sich für eine Aufstockung der Zuschüsse für Kinderbetreuungsangebote sowie für weiterführende Angebote an Studierende mit Familienaufgaben einsetzen?

Wir Freie Demokraten möchten, dass jeder Mensch, der die Voraussetzungen zur Aufnahme eines Studiums mitbringt, an unseren Hochschulen studieren kann. Für uns stellt deshalb die Vereinbarkeit von Studium und Familie eine wichtige Voraussetzung dar und wir unterstützen die Hochschulen in ihren Maßnahmen, diesen besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Wir sprechen uns daher auch dafür aus, die rechtlichen Regelungen dahingehend zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Auch im Rahmen des Hochschulpaktes und der Zielvereinbarungen sollen diesbezügliche Aspekte aufgenommen werden können.

Die Vereinbarkeit von Studium und Familie, aber auch von Studium mit Beruf oder Pflege, Erwerbstätigkeit und der Willen zur beruflichen Weiterqualifizierung sind Faktoren, die Studierende dazu bringen, nicht mehr in Vollzeit zu studieren, sondern die Angebote an ihre Bedürfnisse anzupassen. Wir Freie Demokraten befürworten diese Flexibilisierung und unterstützen die Hochschulen dabei, diesbezüglich neue Wege zu gehen.

Gerade mit Blick auf die Digitalisierung entstehen Möglichkeiten, die genutzt werden können. Aber Digitalisierung bedeutet für uns nicht nur die Bereitstellung und Gewährleistung der digitalen Infrastruktur, sondern sie bedeutet auch, dass die Hochschulen Lehre und Forschung an die Herausforderungen anpassen. Die Hochschulen sollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und webbasierte Angebote bereitstellen können. Die „virtuelle“ Hochschule, die über Live-Streams, moderne Methoden von digitaler Wissensvermittlung und entsprechenden Onlineangeboten, mobiles Internet, Onlineverwaltung und Cloud-Lösungen verfügt, soll keine Vision bleiben. Studien-, Prüfungs- und Praktikumsordnungen sind dahingehend zu überprüfen und anzupassen, dass sie den oben genannten Bedürfnissen Rechnung tragen und einen erfolgreichen Abschluss ermöglichen. Infrastrukturmaßnahmen wie z. B. die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen, Anpassung der Öffnungszeiten von Bibliotheken und Laboren müssen ebenfalls unterstützt werden.